



Zum Schutz der rechtssuchenden Bevölkerung einerseits und der Justizbediensteten andererseits wird nachstehende

VORSTEHERVERFÜGUNG

mit Wirksamkeit ab 15.09.2021

angeordnet:

1. Parteienverkehr:

Gemäß § 24 Abs 1 Geo wird bestimmt, dass der Parteienverkehr (außer in dringenden Fällen nach Beurteilung des Entscheidungsorgans) **ausnahmslos nur nach telefonischer Anmeldung** am

Dienstag in der Zeit von 08:00 Uhr bis 12:00 Uhr,

Mittwoch in der Zeit von 08:30 Uhr bis 12:00 Uhr und

Donnerstag in der Zeit von 08:30 Uhr bis 12:00 Uhr

stattfindet.

Der Parteienverkehr hat **möglichst direkt im Eingangsbereich** an der Schleuse abgewickelt zu werden.

2. Einlaufkasten:

Es ist tunlichst vom Einlaufbriefkasten Gebrauch zu machen. Bitte führen Sie auf der Eingabe jedenfalls Telefonnummer und/oder e-mail Adresse an. Der Einlaufkasten wird regelmäßig, täglich jedenfalls viermal, zuletzt um 15:30 Uhr, entleert, sodass sämtliche Stücke, insbesondere Rechtsmittel rechtzeitig eingebracht werden können.

Der Postweg ist zudem jedenfalls möglich. Die Einbringung über den Einlaufkasten wahrt jedenfalls alle Fristen, sofern der rechtzeitige Einwurf erfolgt. Für den Fall eines Einwurfes nach 15:30 Uhr gilt die Eingabe mit dem darauffolgenden Tag als eingebracht.

3. Amtstag: Der Amtstag findet nur nach Voranmeldung grundsätzlich jeweils am Dienstag in der Zeit von 08:00 Uhr bis 12:00 Uhr statt. Zum Erhalt eines Termins für den Amtstag ist eine **Anmeldung** notwendig, welche bereits vorab unter der **Telefonnummer: 05 760121 37730** vereinbart werden kann.

4. Personen, die das Gerichtsgebäude betreten, haben eine **FFP2 - Maske** (ohne Ausatemventil) zu tragen, wobei darauf hingewiesen wird, dass eine solche FFP2 - Maske vom Bezirksgericht Tamsweg nicht bereit gestellt wird.

5. Im Falle des Zutritts sind sämtliche Personen vom **Sicherheitskontrollorgan** – neben der üblichen Sicherheitsüberprüfung – auf folgende Kriterien zu überprüfen:

- Offensichtliche akute respiratorische Symptome jeder Schwere: z.B. trockener Husten, Atemnot/Kurzatmigkeit
- Augenscheinliche unspezifische Allgemeinsymptome: zB Niesen, Schnupfen.

Sollte jemand eines dieser Symptome aufweisen, ist vom Kontrollorgan der Zutritt zu versagen.

Auf Verlangen wird hierüber eine Bestätigung ausgestellt. Es wird auch Name, Adresse und Telefonnummer festgehalten.

6. Die **Familienberatung** findet nur nach Voranmeldung jeweils am **Dienstag in der Zeit von 09:00 Uhr bis 11:00 Uhr** im **Beratungszimmer** statt.

Zum Erhalt eines Termins für die Familienberatung ist eine **Anmeldung** notwendig, welche bereits vorab unter der **Telefonnummer: +43 (0)664-99409439** oder am Dienstag in der Zeit von 09:00 Uhr bis 11:00 Uhr unter der **Telefonnummer: +43 (0)57 60121- 37782** vereinbart werden kann.

7. Sämtliche Personen, die sich im Gerichtsgebäude aufhalten (einschließlich Bedienstete) haben

- zu anderen Personen einen **Abstand von zumindest 1 Meter, idealerweise von 1,5 bis 2 Metern** einzuhalten, und
- einen nach den aktuell für den öffentlichen Verkehr geltenden Regeln zu tragenden Gesichtsschutz (**GSÖ**), das ist derzeit eine **FFP2-Maske**, zu tragen.

8. Ausnahme vom Tragen eines GSÖ:

- Im Falle der Erfüllung der „**3-G-Regel**“
 - **kann** in Verhandlungen vom Entscheidungsorgan in Bezug auf Personen, die eine dieser Voraussetzungen erfüllen, von der GSÖ-Tragepflicht zur Gänze abgesehen werden,
 - entfällt in Mehrpersonenbüros – außer bei Kontakt mit Externen – die GSÖ-Tragepflicht.

„**3-G-Regel**“:

- Nachweis über ein **negatives Testergebnis**, dessen Geltungsdauer aktuell für PCR-Tests 72 Stunden, Antigen-Tests durch eine befugte Stelle 24 Stunden und von einem behördlichen EDV-System der Länder erfasste Selbsttests 24 Stunden beträgt,
 - **ärztliche Bestätigung** über eine vor weniger als 6 Monaten **abgelaufene Infektion** mit dem Coronavirus bzw. oder **ärztliche oder amtliche Bestätigung** über neutralisierende Antikörper, welche Bestätigung nicht älter als drei Monate ist,
 - **ärztliche oder amtliche Bestätigung** über eine **Impfung**, und zwar über eine vor weniger als 3 Monaten (bei nur einmaligem Impferfordernis: 9 Monaten) erfolgte Erstimpfung (ab dem 22. Tag nach dieser Impfung) bzw. im Falle einer Zweitimpfung über eine vor weniger als 9 Monaten erfolgte Erstimpfung mit einem von der EMA zugelassenen Impfstoff.
-
- Schwangere oder Personen, die beim Zutritt zum Gerichtsgebäude ein ärztliches Attest eines zum Zeitpunkt der Vorlage zugelassenen Arztes vorweisen, demzufolge ihnen aus gesundheitlichen Gründen das Tragen eines GSÖ, FFP2-Maske oder eines MNS nicht möglich ist, haben ein selbst mitgebrachtes Gesichtsvisier zu verwenden, sofern es sich bei diesem um eine den Mund- und Nasenbereich vollständig abdeckende mechanische Schutzvorrichtung handelt.
 - Das jeweilige Entscheidungsorgan kann aus verfahrensrechtlichen Erwägungen die Abnahme des GSÖ anordnen.

9. Jene Personen, die sich trotz Hinweis nicht an die oben angeführten Verpflichtungen halten, sind aus dem Gerichtsgebäude zu verweisen.

Wer aus dem Justizgebäude, insbesondere aus diesen Gründen, verwiesen werden muss und deshalb eine zur Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung erforderliche Verfahrenshandlung nicht vornehmen kann, oder einer gerichtlichen Verpflichtung nicht nachkommen konnte, ist grundsätzlich als unentschuldig säumig anzusehen (§ 16 Abs 5 GOG).

10. Auf die **Hausordnung** vom 15.09.2021 wird hingewiesen.

Bezirksgericht Tamsweg
Tamsweg, 15. September 2021
Mag. Elvira Gonschorowski-Zehetner
Vorsteherin des Bezirksgerichtes Tamsweg

Elektronische Ausfertigung
gemäß § 79 GOG